

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Staatsminister Albert Füracker

Abg. Anna Schwamberger

Abg. Wolfgang Fackler

Abg. Stefan Löw

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Matthias Fischbach

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Julika Sandt

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4 b** auf:

### **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

### **zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes und des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (Drs. 18/29138)**

#### **- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit gibt es 14 Minuten Redezeit für die Staatsregierung. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. – Der Herr Finanzminister Albert Füracker hat schon gewusst, dass er jetzt dran ist. Damit erteile ich ihm das Wort.

**Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat):** Sehr geschätzter Herr Präsident, ich danke für die Erteilung des Wortes. Ich bin aufmerksam gewesen und war deswegen schon da. – Meine Damen und Herren, nach den Aufregungen des Tages scheint es nun etwas entspannter zuzugehen. Dennoch ist das ein sehr wichtiges Thema. Bildung ist ganz entscheidend, nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern auch als Standortfaktor. Wir wissen das. Bayern ist zum Glück in allen Rankings Spitze. Wenn geschaut wird, in welchen Bundesländern die Bildungsergebnisse wie und wie gut sind, dann liegt Bayern nach meiner Kenntnis in der Regel auf Platz eins oder zwei. Da duellieren wir uns manchmal mit Sachsen, sodass ich sagen kann: Offensichtlich funktionieren unsere Schulen sehr gut.

Ich bedanke mich bei allen, die unseren Kindern Bildung vermitteln. Lehrer oder Lehrerin zu sein, ist keine leichte Aufgabe. Dessen bin ich mir bewusst. So wissen wir auch, dass die Bildung einer Gesellschaft letztlich mit dem wirtschaftlichen Wohlstand korreliert, über den wir heute auch schon gesprochen haben. Fakt ist, dass stabile Wirtschaft und hohe Lebensqualität Voraussetzung für ein funktionierendes Land sind. Deswegen muss die hohe Bildungsqualität, die wir in Bayern haben, stets weiterentwi-

ckelt werden. Auch hier möchte ich sagen, dass in den letzten Jahren viel geschehen ist. Trotzdem wird immer behauptet, in Bayern wäre in den letzten Jahren etwas verschlafen worden, zu wenig Lehrer und all die Dinge, die immer wieder in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Ich würde heute gerne die Gelegenheit nutzen, nicht nur eine Rede zu halten, sondern auch ein paar Wahrheiten statistischer Art darzulegen.

Eine Wahrheit ist: Seit 2008 haben wir fast 21.000 zusätzliche Lehrerstellen im Haushalt abgebildet. Eine zweite Wahrheit ist: Seit 2018 gab es 3.760 zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten in den Grund- und Mittelschulen mit jährlichen Kosten von 20 Millionen Euro. Im Haushalt 2023 haben wir erneut für funktionslose Beförderungsmöglichkeiten an Grund- und Mittelschulen 17 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen. Am 1. Juni des Jahres 2023 wurden die Stellen von 4.547 Lehrerinnen und Lehrern in den Grund- und Mittelschulen erneut gehoben. Deswegen möchte ich der Öffentlichkeit einfach einmal sagen, dass wir sehr viel getan haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, allein, seit es diese Koalition gibt, seit dem Doppelhaushalt 2019/20 und in den fortfolgenden Jahren inklusive 2023, haben wir zusätzlich 5.522 Lehrer, 400 zusätzliche Kräfte des Programms "Schule öffnet sich" für soziale Belange an den Schulen, 605 Verwaltungsangestellte und 50 Schulsozialpädagogen eingestellt. In Summe sind das rund 6.650 zusätzliche Stellen an unseren Schulen in dieser Legislaturperiode.

Herr Prof. Piazzolo, von einer der letzten Pressekonferenzen, die ich gemeinsam mit Ihnen hatte, habe ich im Ohr, dass Sie dort, glaube ich, sagten: In den letzten sechs Jahren waren die Schülerzahlen in Bayern eher rückläufig, trotzdem haben wir deutlich mehr Lehrerinnen und Lehrer. Ich will das jetzt nicht sagen, weil ich behaupte, das wäre genug. Ich weiß, dass es nie genug ist; aber ich will nur sagen, Herr Prof. Piazzolo, und das auch all denen zurufen, die immer behaupten, wir hätten nichts getan: Das ist nicht so. Wir haben bei der Lehrerversorgung, bei der Bildung, sowohl personell als auch von der finanziellen Ausstattung her sehr viel getan.

Nun sind eben Beförderungen ein Kernelement der Honorierung der Leistung auch von Lehrerinnen und Lehrern. Über die Frage der Einstufung von Grund- und Mittelschullehrerinnen und -lehrern in A 13 als Eingangsstufe wurde lange diskutiert. Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf wird nun die Umsetzung dieser angekündigten schrittweisen Einführung von A 13 sein.

Ich möchte nur einmal eines sagen: Was bedeutet eigentlich A 13? – Manchmal wird auch darüber diskutiert, wie viel eigentlich Lehrer bei uns verdienen. In Bayern beträgt das Einstiegs-, das Anfangsgrundgehalt bei A 13, ohne Sonderzahlungen und was es sonst an Zuschlägen noch so gibt, 61.650 Euro. Das ist der Einstieg bei A 13. So viel verdient man, wenn man mit A 13 beginnt: 61.650 Euro.

Ich möchte nur dazu sagen: In Brandenburg beträgt A 13 5.400 Euro weniger, in Hessen 5.900 Euro weniger, in Nordrhein-Westfalen 5.350 Euro weniger, in Sachsen 9.400 Euro weniger. Baden-Württemberg wird meiner Kenntnis nach weiterhin die Grund- und Mittelschullehrerinnen und -lehrer nach A 12 bezahlen. Das bedeutet: Der bayerische Lehrer in Grund- und Mittelschulen wird bei Einstieg in A 13 ab der vollkommenen Ausbaustufe des Gesetzes 11.350 Euro mehr haben als der Grund- und Mittelschullehrer in A 12 in Baden-Württemberg. Das sage ich auch immer im Hinblick auf die diskutierte Frage, ob man Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Bundesländern abwirbt. Argumentiert wurde, das wäre alles unfair.

Meine Damen und Herren, der Unterschied des "A 13 für alle" in Bayern zu anderen Bundesländern dürfte möglicherweise per se die Wirkung haben, die sich manche von Abwerbeprogrammen versprechen. Denn wenn ich in Bayern für die gleiche Arbeit 11.000 Euro mehr bekomme als in Baden-Württemberg, könnte es durchaus passieren, dass der eine oder andere, an der Grenze oder weiter weg wohnend, sich überlegt, sich vielleicht in Bayern zu bewerben; das sage ich aber nur nebenbei, weil immer der Eindruck erweckt wird: Alles, was wir da machen, ist gar nichts und geht mal so nebenbei.

Die Zusage ist nun gegeben, der Gesetzentwurf liegt vor. Wir werden also ab dem 01.01.2024 in fünf Schritten mit der Einführung einer jährlich aufwachsenden Übergangszulage beginnen. So sieht es das Gesetz vor. Bei den Lehrkräften in A 12 erfolgt dies in 80-Euro- und bei den Lehrkräften in A 12 mit Amtszulage in 40-Euro-Schritten. Diese Überleitungszulage erhalten alle Lehrkräfte in A 12 und alle in A 12 mit Amtszulage. Die Beförderungen nach A 12 mit Amtszulage und A 13 laufen wie bisher weiter. Bislang ist geplant, ab dem 1. September 2028 endgültig für alle die Überleitung komplett nach A 13 vorzunehmen mit der Konsequenz, dass zu diesem Zeitpunkt auch eine abstandswahrende Höherstufung der Schulleitungsämter um diese halbe Besoldungsgruppe vorgenommen werden soll.

Was passiert dann? Ob man es noch einmal beschleunigt, wie auch immer? – Ohnehin muss in Kürze ein Koalitionsvertrag in Bayern verhandelt werden. Ich gehe davon aus, dass das hier wieder Thema ist; aber wir haben uns jedenfalls jetzt, Herr Prof. Piazzolo, auf diesen Gesetzentwurf in der Weise verständigt und legen diesen hier vor. Das Versorgungsrecht und die Tarifbeschäftigten sind davon ebenfalls betroffen. Bei der Berechnung des Ruhegehaltes von Grund- und Mittelschullehrkräften mit Übergangszulage wird die zuletzt bezogene Zulage beim Ruhegehalt berücksichtigt werden. Für Ruheständler wird es jetzt natürlich keine Änderungen geben. Für Tarifbeschäftigte bei den Lehrern wird sich sowohl die Eingruppierung als auch die Zulage am jeweiligen Besoldungsrecht orientieren. Verbesserungen im Besoldungsrecht kommen somit natürlich auch den im Arbeitsverhältnis beschäftigten Grund- und Mittelschullehrkräften zugute.

Meine Damen und Herren, zu guter Letzt ist das Ganze nicht ganz billig. Ich sage das nur, weil wir uns auch oft über Haushaltsfragen unterhalten, die wir heute auch noch diskutieren. Im Grunde ist es auch eine Meinung, die in der Bevölkerung vertreten wird, dass wir als Staat schon aufpassen müssen, dass wir nicht uferlos Personalkosten produzieren.

Lieber Wolfgang Fackler, wir wissen, dass fast 40 % unserer Staatsausgaben Personalkosten sind, also knapp 30 Milliarden Euro. Ich weiß und kann jetzt schon ausrechnen, dass diese Maßnahmen für die fünf Jahre, bis dann alle endgültig in A 13 sind, in der nächsten Legislaturperiode 370 Millionen Euro zusätzlich kosten werden. Das ist schon ein sehr kräftiger Schluck aus der Pulle; denn dadurch gibt es keinen einzigen zusätzlichen Lehrer. Deswegen finde ich schon, dass es die Debatte wert war, auch um das Bewusstsein dafür zu schaffen, was wir hier tun, und dafür, dass die Steuerzahlerinnen und -zahler das bezahlen müssen.

Natürlich ist der Finanzminister nicht der gewesen, der mit der Fahne vorauslief. Das ist bekannt. Dazu stehe ich auch. Das Gefüge in unserem Besoldungswesen ist eben auch etwas sehr Sensibles. Da sind auch Dinge, die im weiteren Fortgang der Debatte um dieses Gesetz, um die Einstufung und die Besoldung sicherlich diskutiert werden. Die Debatte wird auch nie enden, weil es immer wieder neue Betroffenheiten und Ideen gibt; ich habe aber ihre Notwendigkeit akzeptiert. Wir wollen in Bayern Bildungsland Nummer eins bleiben. Die Fraktionen der Koalition haben sich darauf verständigt.

Der Herr Kultusminister und meine Wenigkeit haben dieses Gesetz miteinander gestaltet, wenn ich das so sagen darf. Ich als Zuständiger für das Dienstrecht bei uns im Land habe die hohe Ehre, die Federführung dafür zu haben. Insofern möchte ich Sie in aller Sachlichkeit bitten, in den anstehenden Beratungen in den Ausschüssen unser Gesetz in der Weise zu verabschieden, dass wir dann auch wirklich allen sagen können: Nicht nur ist darüber gesprochen worden, dass es dieses Gesetz geben wird – das ist nicht irgendein Wahlkampfschlager –, sondern wir werden mit dem Gesetz im Herbst den Menschen auch sagen können: Wir halten Wort, wenn wir etwas zusagen.

Die Zusage steht, das Gesetz liegt auf dem Tisch. Ich bitte um gute Beratungen in den Ausschüssen und möchte mich noch mal ausdrücklich bei allen unseren Lehrerinnen und Lehrern bedanken, egal an welcher Schule, bei all denjenigen, die an den Schulen Dienst tun, und bei all denen, die auch politisch dafür kämpfen, dass unsere Kinder die beste Bildung in unserem Land bekommen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Anna Schwamberger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Frau Schwamberger, bitte schön.

**Anna Schwamberger (GRÜNE):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an dieser Stelle Danke sagen. Danke, dass Sie liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, nach jahrelanger Blockadehaltung endlich eingesehen haben, dass die Arbeit von Grund- und Mittelschullehrkräften genauso viel wert ist wie die Arbeit ihrer Kolleginnen und Kollegen an Realschulen und Gymnasien.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allein in dieser 18. Legislaturperiode haben wir rund zehnmal über die Besoldung der Lehrkräfte debattiert. Es zeigt sich doch eins: nicht nachgeben, nicht alles. Es ist auch dem Druck von Opposition und der Lehrerverbände zu verdanken, dass sich letztlich der Ministerpräsident zu A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte bekannt hat. Der vorgelegte Gesetzentwurf ist aus unserer Sicht zumindest inhaltlich nicht zu beanstanden. Sie folgen auch unserer Vorstellung, dass die Besoldung stufenweise angehoben werden soll. Fakt ist aber auch, dass Sie wertvolle Zeit haben verstreichen lassen. Zweitqualifikantinnen und Zweitqualifikanten, die unter anderem wegen der deutlich besseren Besoldung wieder an ihre ursprüngliche Schulart gewechselt sind, haben wir für den Grund- und Mittelschuldienst verloren.

Gerade im Mittelschulbereich ist beim Lehrkräftemangel keinerlei Entspannung in Sicht. Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger geht gegen null. Die Besoldung ist nur ein Baustein, um gerade dieses Lehramt wieder attraktiver zu gestalten.

Ich möchte junge Menschen davon überzeugen, dass es sich lohnt, Mittelschullehramt zu studieren. Ich weiß, dass es ein wunderschöner Beruf ist. Gerade in der Mittelschule ist die Klassenlehrkraft neben den Eltern oft eine der wichtigsten Bezugspersonen.

Man begleitet die Schülerinnen und Schüler meist über zwei oder mehrere Jahre – im besten Fall bis zum Abschluss. Man durchlebt mit ihnen Höhen und Tiefen. Es ist manchmal traurig, es wird diskutiert, es wird gelacht, auch mal gestritten und sich wieder vertragen. Man verbringt so viel Zeit zusammen, die einen auch zusammenschweißt.

Wissen Sie was: Man ist als Lehrkraft verdammt stolz, wenn die Schülerinnen und Schüler am Ende mit einem Ausbildungsvertrag zu einem kommen. Das war auch der Grund, weshalb ich mich für ein Lehramtsstudium entschieden habe. Ich wollte junge Menschen auf ihrem Weg ins Leben begleiten. Ich wollte dagegen nicht auf irgendwelchen Listen abhaken, ob zum Beispiel Maxi und Luisa ihr Geld fürs Kopieren abgegeben haben. Ich wollte auch nicht Früh- oder Pausenaufsicht machen, wollte nicht Doppelführungen von Klassen, wollte nicht meine Differenzierungsstunden für Vertretungen opfern oder 32 Schülerinnen und Schüler vor mir sitzen haben, denen ich nicht mehr gerecht werden kann. Ich wollte auch nicht Überstunden nicht bezahlt bekommen. Ich könnte diese Liste noch ewig weiterführen. All diese verdrießlichen Aufgaben führen trotz eines verdammt hohen Berufsethos bei den Lehrkräften dazu, dass die Lehrkräfte an ihre Belastungsgrenzen stoßen. Es ist eben nicht damit getan, dass wir A 13 einführen. Die Besoldung der Grund- und Mittelschullehrkräfte nach A 13 ist ein wichtiges und – keine Frage – längst überfälliges Signal der Wertschätzung an die Kolleginnen und Kollegen an Grund- und Mittelschulen. Jetzt müssen wir noch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen anpacken. Erst dann wird gerade das Mittelschullehramt wieder attraktiver.

Herr Minister, da wären Sie gefordert. Es ist eben nicht damit getan, sich zurückzulehnen und davon auszugehen, dass man ab dem Jahr 2025 genug Grundschullehrkräfte hat, die man dann in die Mittelschule schieben kann. Es sind junge Menschen, es ist keine beliebige Verschiebungsmasse. Wir brauchen einen echten Diskurs darüber, wie die Zukunft der Mittelschule aussehen kann. Die Pensionierungswelle der Babyboomer steht uns auch dort noch bevor und wird eine empfindliche Lücke in das ohnehin

schon instabile System reißen. Mit "vor jeder Klasse steht eine Person" ist es nicht getan.

Lassen Sie uns ernsthaft diskutieren, welche Verwaltungsaufgaben wir den Lehrkräften abnehmen können. Interessant ist der Vorschlag des Kollegen Gotthardt, der den bürokratischen Aufwand um 25 % reduzieren will. Herr Kollege, nicht herumreden, sondern machen! Ich sage Ihnen aber eines: 400 zusätzliche Verwaltungskräfte werden das Ganze nicht herausreißen.

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Damit es nicht heißt, wir GRÜNEN würden hier keine konkreten Vorschläge unterbreiten: Im Grund- und Mittelschulbereich gehört zum Beispiel – es ist eine Kleinigkeit – das amtliche Schriftwesen einfach mal reformiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen Sie uns aber auch diskutieren, wie uns eventuell externe Partnerinnen und Partner an den Schulen noch stärker helfen können. Ich glaube, wir werden darum nicht herumkommen. Nicht alle Aufgaben müssen von Lehrkräften übernommen werden. Manches können gerade Expertinnen und Experten viel besser erklären oder gar erlebbar machen.

Einen Punkt verstehe ich allerdings nicht. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, haben als Grund für die schlechtere Bezahlung von Grund- und Mittelschullehrkräften die unterschiedlichen Ausbildungen immer wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Warum nutzen Sie denn dann den Zeitpunkt jetzt nicht und reformieren auch das in die Jahre gekommene Ausbildungssystem?

Insgesamt werden die Aufgaben, die wir im Schulbereich zu meistern haben, nicht weniger. Die Besoldung von Grund- und Mittelschullehrkräften nach A 13 ist ein richtiger Schritt. Wir werden dem vorgelegten Gesetzentwurf zustimmen. Ich freue mich auf die Debatte in den beiden Ausschüssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Frau Schwamberger, vielen Dank.  
– Als nächsten Redner rufe ich den Herrn Abgeordneten Wolfgang Fackler für die CSU-Fraktion auf.

**Wolfgang Fackler (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein wichtiges, ein richtiges und auch ein klares Signal. Wir machen mit diesem Gesetzentwurf A 13 für alle und schaffen damit eine bessere Bezahlung für die Lehrkräfte an Grund- und Mittelschulen. Wir lassen damit den Worten in Kloster Banz entschlossen Taten folgen und schaffen noch in dieser Legislaturperiode Fakten und Planungssicherheit. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ist heute ein guter Tag für die bayerische Bildungslandschaft und auch für die bayerische Schullandschaft.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir machen mit diesem Gesetzentwurf den Beruf des Grund- und Mittelschullehrers noch attraktiver. Wir zeigen Wertschätzung gegenüber den Grund- und Mittelschullehrern. Wir stärken die Bildung in Bayern, und wir werden damit auch unserer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Heute ist ein guter Tag für die bayerische Bildungslandschaft und damit auch ein guter Tag für Bayern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Gesetzentwurf wurde ein durchdachtes und seriöses Konzept erarbeitet. Jetzt möchte ich der Kollegin kurz einmal darlegen, warum das Ganze so schwierig umzusetzen war und weshalb es auch diese Zeit gebraucht hat. Ich glaube, das ist etwas, was ihr nicht so richtig verstehen könnt oder wollt.

Wir haben jetzt ein Konzept, welches das Besoldungsgefüge nicht durcheinanderbringt. Wir haben jetzt ein Konzept, das verfassungsrechtliche Grundsätze beachtet und vor allem auch das Abstandsgebot umsetzt. Wir haben ein Konzept, das Ausbildungsgrundsätze beachtet. Das sind alles wichtige Dinge. Die kann man nicht einfach mal so im Handumdrehen, wie man sich das manchmal wünscht, einfach beiseiteschieben; denn die Ausbildung – und da sind wir, wie gesagt, bei einem zentralen Punkt im öffentlichen Dienst – ist nicht nur die Eintrittskarte in den öffentlichen Dienst – das habe ich übrigens gestern schon mal im Ausschuss bei den Gerichtsvollziehern gesagt –, sondern sie ist auch maßgeblich für die spätere Bezahlung im öffentlichen Dienst. Dies gilt für alle Beschäftigten und Beschäftigtengruppen im öffentlichen Dienst. An diesem Grundsatz müssen und wollen wir auch festhalten. Diesen Grundsatz können wir auch nicht einfach über Bord werfen, auch wenn sich das hier einige gerne wünschen würden.

Deswegen: Wer A sagt, muss auch B sagen. Wer die Ausbildung ändert, der kann auch die Besoldung ändern. Genau das tun wir mit diesem Gesetzentwurf. Deshalb kann man hier auch ganz klar von einem durchdachten und seriösen Konzept sprechen. Um diesem Grundsatz gerecht zu werden, ändern wir die Zulassungs- und Ausbildungsordnung und werfen nicht, wie Sie das wieder gleich wollen, das ganze System über den Haufen. Für Systemkritik sind eigentlich eher andere zuständig – aber gut, ich sag's nur: Wir ändern die Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Grund- und Mittelschulen und verankern den Bereich Inklusion als ein grundlegendes und übergreifendes Ausbildungsziel im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Grund- und Mittelschulen.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Damit schaffen wir ein Alleinstellungsmerkmal, das bei der Besoldung berücksichtigt werden kann. Für dieses kluge, kreative und auch bahnbrechende Vorgehen möchte ich, ehrlich gesagt, sowohl unserem bayerischen Finanzminister, aber natürlich auch dem bayerischen Kultusminister recht herzlich gratulieren. Für mich ist dieses Vorge-

hen aus dienstrechtlicher Sicht wirklich meisterhaft. – Wie gesagt: Gratulation zu diesem Gesetzentwurf!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer A ändert, der kann auch B ändern. Das Vorgehen ist, wie gesagt, lehrbuchartig. Im Ergebnis ist es aus meiner Sicht auch eine Blaupause für alle anderen Berufsgruppen, die meinen, dass sie ebenfalls die Forderung nach einer höheren Bezahlung aufstellen könnten. So etwas geschieht schlicht und ergreifend nie durch Handauflegung, sondern: Nur wer A ändert, kann auch B ändern. Deshalb können wir das Besoldungsgesetz nun auch für die Bezahlung und die Besoldung unserer Grund- und Mittelschullehrer ändern. Das geht, weil eben die Ausbildungsordnung geändert wurde.

Wie bereits gesagt, der Herr Finanzminister hat es ausgeführt: Wir bezahlen ab 2024 eine Übergangszulage, die Jahr für Jahr aufwächst, und zwar nicht nur für A 12-Lehrkräfte, sondern auch für A 12 Z-Lehrkräfte. Wir vergessen diese nicht, im Gegensatz zu den GRÜNEN. Bei Ihrem letzten Gesetzentwurf, den wir vor ein paar Wochen beraten haben, hätten Sie das getan. Schließlich werden alle am 1. September 2028 in einem finalen Schritt A 13 erhalten. A 13 war für alle die Forderung; die wird damit erfüllt und umgesetzt.

Bei diesem ganzen Gesetz beachten wir aber nicht nur die Ausbildungsgrundsätze, sondern auch das Abstandsgebot, sodass Schulleitungen in den Grund- und Mittelschulen abstandswahrend ebenfalls höhergestuft werden. Wir vergessen auch das Versorgungsrecht nicht, weil die Übergangszulage auch ruhegehaltstfähig wird. Wer im Zeitraum bis 2028 in den Ruhestand eintritt und bis dahin die Übergangszulage erhalten hat, wird berücksichtigt. Alles andere wäre auch unlogisch.

Die Kosten hat der Herr Finanzminister schon angesprochen: mindestens 170 Millionen Euro im Endausbau für A 13 für alle und dann noch einmal rund 6 Millionen Euro für die Versorgungsempfänger. Ich glaube, das ist eine stolze und beachtliche Summe, die wir hier oben draufsatteln werden, zumal wenn man bedenkt, dass im

Herbst Tarifverhandlungen stattfinden werden. Dann werden wir uns als Fraktion sicherlich auch wieder dafür einsetzen, dass die Tarifergebnisse auf die Besoldung übertragen werden. Lieber Herr Finanzminister, damit kommt natürlich wieder etwas auf den Finanz- und Staatshaushalt zu. Wir tun das aber im Sinne unserer bayerischen Beamtinnen und Beamten; denn wir sind davon überzeugt, dass sie eine gute und angemessene Bezahlung benötigen.

Abschließend setzen wir diesem Gesetzentwurf aus meiner Sicht sogar noch die Krone auf, indem wir mit einem Änderungsantrag für die Privatschulfinanzierung ebenfalls eine Verbesserung machen werden. Das können wir dann auch in der nächsten oder in der übernächsten Woche im Ausschuss debattieren. Wir stärken damit die Zukunftsfähigkeit der Privatschulen, vor allem vieler kirchlicher Privatschulen, deren Erhalt und Bestand uns sehr wichtig ist, weil sie einen wertvollen und kompetenten Auftrag im Sinne der Bildung erfüllen. Deshalb brauchen sie dringend eine weitere Unterstützung. Auch diese Schularten sollen ihre Lehrkräfte, vergleichbar mit A 13, angemessen und gut bezahlen können. Der Betriebszuschuss soll in Stufen angehoben werden. Der Schulgeldersatz wird auch im zwölften Monat bezahlt. Die Lehrpersonalszuschüsse sollen künftig automatisch alle zwei Jahre angepasst werden. Auch das ist, wie gesagt, viel Geld, das wir hier in die Hand nehmen werden.

Insgesamt ist der vorliegende Gesetzentwurf ein gutes und wichtiges Signal. Wir setzen damit einen maßgeblichen Impuls, um vor allem mehr Lehrkräfte für die Mittelschulen zu gewinnen. Ich glaube, wir müssen die Mittelschulen besonders in den Blick nehmen, weil wir hier einen besonderen Bedarf haben. Deshalb ein herzliches Dankeschön an unsere Lehrkräfte an den Grund- und Mittelschulen! Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke, Herr Kollege Fackler. –  
Nächster Redner: von der AfD-Fraktion Herr Stefan Löw.

(Beifall bei der AfD)

**Stefan Löw (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf will die Staatsregierung das Besoldungsgesetz ändern. Es geht darum, die Grund- und Mittelschullehrer stufenweise bis 2028 auf die Besoldungsgruppe A 13 zu heben. Als Begründung dafür geben Sie an, dass sich die Ausbildungsinhalte geändert, fachlich vertieft, verbreitert haben und erweitert wurden. Außerdem wurde die inklusive Pädagogik als neuer Kompetenzbereich mit aufgenommen. In Wirklichkeit befinden Sie sich aber im Zugzwang, denn Sie sind im Bieterwettbewerb mit den anderen Bundesländern, die bereits A 13 eingeführt haben. Wenn Sie von denen weiterhin Lehrkräfte abwerben wollen, dann müssen Sie das auch bieten.

(Staatsminister Albert Füracker: Das habe ich doch genau erklärt!)

Dass die Bezüge erhöht werden, liegt außerdem natürlich am Wahlkampf; seien wir doch ehrlich. Doch Kritik an A 13 kommt von den Realschul- und den Gymnasiallehrern. Diese erhalten trotz längerer und besserer Ausbildung nichts, der Abstand zu ihnen wird immer kleiner.

Ein weiterer Grund für die Gehaltserhöhung ist natürlich auch, dass die Arbeitsbelastung gestiegen ist. In unseren Klassenzimmern wird es tatsächlich immer schwieriger. Sie umschreiben das sehr schön mit den Worten "Anpassung an die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen". Und wie sieht diese gesamtgesellschaftliche Entwicklung in unseren Klassenzimmern aus? – Immer weniger Schüler können richtig Deutsch. Dementsprechend sind unsere Lehrer am Rudern im Kampf zwischen den einen, die die Hälfte nicht verstanden haben und dadurch dem Unterricht nicht folgen können, und den anderen Schülern, die unserer Sprache mächtig sind und sich langweilen. Dass es so weit kam, liegt natürlich an der ungebrochenen, unter Merkel eingeführten illegalen Massenmigration, die jetzt, unter der Ampel, mit noch mehr Schwung weitergeführt wird, und dem jahrzehntelangen Versagen in der Integrationspolitik. In ihr wird

Integration nicht als Pflicht eingefordert. Oder wie erklären Sie sich, dass Kinder aus der dritten Generation immer noch Probleme haben? Das von Ihnen geplante Gießkannenprinzip halten wir nicht für sinnvoll, sondern wir wollen zielgerichtete Zulagen, die die verstärkte Arbeitsbelastung der Lehrer realistisch abbilden. Wir werden uns dazu im Ausschuss einbringen.

(Beifall bei der AfD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Wir haben eine Zwischenbemerkung. Wer war das? – Eine Sekunde bitte, wir sind nicht sicher, wir haben keine Namensanzeige. – Das war wahrscheinlich ein Versehen. Ich sehe keinen Widerspruch. Danke. Damit ist das erledigt. – Nächster Redner ist Tobias Gotthardt, Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein guter Tag für den Bildungsstandort Bayern. Heute ist ein guter Tag für die Lohngerechtigkeit in unserer Schulwelt. Heute ist ein guter Tag für die Wertschätzung der Leistungen unserer Grund- und Mittelschullehrkräfte, die in ihren Schularten volle Inklusion, volle Integration und die Grundbasis für die Bildung an unseren Schulen legen. Heute ist auch ein guter Tag für die Lehrkräftegewinnung, weil Bayern – der Finanzminister hat es schon gesagt – mit dem Schritt, den wir hier gehen, seine Topstellung als Arbeitgeber für Lehrkräfte weiter ausbaut. Kein anderes Bundesland zahlt seinen Lehrkräften so viel wie Bayern.

Mich als Vertreter der Fraktion der FREIEN WÄHLER freut es, dass wir heute hier stehen und eine Forderung umsetzen können, die wir schon 2018 mit in diese Legislatur gebracht haben. Wir wollten die Höherstufung der Grund- und Mittelschullehrkräfte, die Angleichung der Gehälter, weil wir wussten, dass das wichtig ist. Wir wussten aber auch, dass das eine schwierige Debatte ist, die man führen muss und für die man sich auch die Zeit nehmen muss, weil das viel Geld kostet. Es wurde schon gesagt, 170 bis

180 Millionen Euro müssen wir drauflegen. Das kann man nicht einfach so, aus der Kaffeekasse heraus, zahlen. Das muss man sich gut überlegen.

Herr Kollege Fackler hat es schon gesagt, das muss man in ein gutes System packen. Das haben wir getan. Wir haben einen guten Stufenplan. Wir haben alles mit hineingenommen. Wir haben die Zulagenämter mit hineingenommen, wir haben die Leitungspositionen mit hineingenommen. Nun machen wir uns weiterführende Gedanken für die Fachlehrkräfte und die Förderlehrkräfte. All das haben wir im Blick. Wir haben auch im Blick, und auch das ist schon angedeutet worden, dass man eventuell darüber reden kann, das Ganze noch einmal zu beschleunigen. Das ist aber nicht Thema dieser Debatte. Das ist Thema einer Debatte, die wir nach der Wahl führen müssen, bei möglichen Koalitionsverhandlungen. All das haben wir in den Blick genommen. All das haben wir in guter Zeit und, wie ich finde, in einem guten Klima mit dem Koalitionspartner diskutiert. Wir haben es auch mit den Verbänden diskutiert, die immer Druck gemacht haben. An dieser Stelle darf man Danke sagen, dass dieser Druck immer da war und auch geblieben ist.

Ich bin überzeugt, dass wir heute einen wichtigen Schritt gehen, um unsere Leitungsposition, unsere Spitzenposition im Bildungsbereich weiter zu behalten. Wir werden da auch nicht aufhören. Wir werden weitermachen, für Lehrkräfte zu werben, mehr junge Menschen zu begeistern, Lehrkraft in Bayern zu werden. Wir werden dafür sorgen, dass unsere Lehrkräfte noch mehr als bisher Zeit haben, sich auf die Arbeit im Klassenzimmer zu konzentrieren. Das war das Stichwort, 25 % Entbürokratisierung an den Schulen. Ja, ich glaube daran, weil das nämlich die Rückmeldungen der Lehrkräfte, der Schulleitungen sind.

Kollegin Schwamberger, ich kann Sie beruhigen: Die beiden Vorschläge, die Sie gemacht haben, haben wir längst im Blick. Wir haben im Ministerium bereits eine Arbeitsgruppe für Entbürokratisierung. Das, was Sie genannt haben, ist bereits auf dem Tisch. Es gibt aber noch viele weitere Möglichkeiten, das anzugehen. Wir werden es angehen. Wir werden die bayerische Schulwelt in ihrer Vielfalt, in ihrem differenzierten

System weiterentwickeln. Wir werden in diesem differenzierten System auch die Lehrerausbildung weiterentwickeln.

Ich bin sicher: Wir werden auf das aufbauen, was wir heute als Grundstein gelegt haben – A 13 für alle – und was für mich – ich sage es noch einmal – auch ein großer Erfolg der FREIEN WÄHLER ist. Wir werden damit weiterarbeiten und werden die Spitzenpositionen Bayerns im Bildungsbereich weiter ausbauen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Danke. – Nächste Rednerin von der SPD-Fraktion: Frau Dr. Simone Strohmayr. Bitte.

**Dr. Simone Strohmayr (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein wichtiger Tag, ein lange herbeigesehnter Tag für mehr Gerechtigkeit im bayerischen Schulsystem.

Wirklich, es hat lange gedauert. Doch heute können wir hier im Landtag endlich über den Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes und des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes debattieren. Das ist gut. Endlich soll das Einstiegsamt für Grund- und Mittelschullehrkräfte auf A 13 angehoben werden. Welch ein Erfolg, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Damit erhalten endlich alle Lehrerinnen und Lehrer A 13 im Eingangsamt. Ich finde, das ist ein riesiger Fortschritt. Mit Recht haben Lehrerinnen und Lehrer lange darauf gepocht und dafür gekämpft. Auch die Verbände – vor allem der BLLV – haben diese Forderung immer kraftvoll unterstützt.

Mir und meinen Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion ist und war A 13 immer eine Herzensangelegenheit.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte mich an dieser Stelle auch ganz persönlich bei Arif Taşdelen bedanken, der im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes immer an vorderster Front für A 13 gekämpft hat. Herzliches Dankeschön an dich, lieber Arif!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in vielen Gesprächen mit Lehrerinnen und Lehrern haben wir immer wieder gehört, wie stark die Belastungen im Grund- und Mittelschul-lehramt gewachsen sind. Natürlich sind Mittelschul- und Grundschullehrer heute viel besser als vielleicht vor Jahren qualifiziert. So steht es auch im Gesetzestext, und das ist auch gut so.

Auf der anderen Seite mussten wir einfach feststellen, dass die Studentenzahlen für das Lehramt an Grund- und Mittelschulen in den letzten Jahren massiv zurückgegangen sind. Ebenso sehen die Absolventenzahlen aus; auch diese Zahlen sind massiv zurückgegangen.

Die unterschiedliche Bezahlung – man muss das einfach feststellen – ist lange schon als total ungerecht empfunden worden, und das mit Recht. So hat einfach eine Abstimmung mit den Füßen stattgefunden.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Lehrermangel ist für den Bildungsstandort Bayern immer noch bedrohlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Weg zu A 13 war wirklich steinig. Die CSU war immer sparsam, mit wenig Weitblick ausgestattet, hat sich lange verweigert, für mehr Gerechtigkeit im bayerischen Bildungssystem zu sorgen. Der Kultusminister hat als bildungspolitischer Sprecher A 13 vehement eingefordert, aber als Kultusminister konnte er lange nichts bewegen. Er konnte sich einfach nicht durchsetzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es steht fest: Durch diese Hängepartie der Staatsregierung ist ein großer Schaden für die bayerische Bildungslandschaft entstanden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gut, dass A 13 jetzt kommt. Das ist mein Fazit. Es kommt aber leider zu spät, und es kommt leider auch viel zu langsam. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die volle Umsetzung soll erst 2028 erfolgen; das ist am Ende der kommenden Legislaturperiode.

Ich muss sagen: Ich hätte mir schon vorgestellt, dass es zumindest Mitte der nächsten Legislaturperiode stattfindet, damit wir es in der nächsten Legislaturperiode auch beurteilen können.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auch noch darauf aufmerksam machen, dass es jetzt natürlich auch wichtig ist, dass Schulleitungsämter angehoben werden. Wir haben heute gehört, dass das mit dem Gesetzentwurf passiert. Aber es geht auch darum, dass zum Beispiel Funktionsämter – Seminarleitungen, Beratungslehrer – entsprechende Anhebungen erfahren.

(Beifall bei der SPD)

Mir ist an dieser Stelle auch ganz besonders wichtig – der Minister hat es heute angesprochen –, dass auch eine Anpassung der tarifbeschäftigten Lehrkräfte erfolgt. Auch das muss jetzt zügig erfolgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Kurzum, der Freistaat als Arbeitgeber muss sich endlich hübscher machen. Er muss ein attraktiverer Arbeitgeber werden. Er muss fantasievoller werden. Das ist jetzt wichtig, damit wir hier in Bayern ein guter Bildungsstandort bleiben und damit wir hier für unsere Schülerinnen und Schüler auch in Zukunft gute Bildung anbieten können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Frau Dr. Strohmayer, Ihre Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank. – Nächster Redner: Kollege Matthias Fischbach, FDP-Fraktion.

**Matthias Fischbach (FDP):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kennen Sie diesen Schüler, der über das ganze Schuljahr hinweg keine Notwendigkeit sieht, sich wirklich groß in den Unterricht einzubringen, zu lernen, weil er glaubt, er wisse ja eh schon alles besser? Er merkt jetzt dann so langsam – gegen Ende des Schuljahres –, dass es mit den Noten eng werden könnte. Deswegen versucht er jetzt hyperaktiv und mehr oder weniger unbeholfen, mit guten Mitarbeitsnoten zu glänzen, vielleicht noch einmal die Möglichkeit zu einem Referat zu erheischen. Der Lehrerin, die er sonst eigentlich nicht so wirklich wertschätzen wollte, versucht er jetzt bei jeder Gelegenheit zu schmeicheln. Jaja, er wird das im nächsten Schuljahr alles besser machen, versprochen, ganz, ganz klar, wirklich, das wird er besser machen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie haben einen großen Erfahrungsschatz!)

Ja, meine Damen und Herren, genau, Sie alle kennen solche Schüler. Und unsere Lehrkräfte, die kennen diese Schüler ganz besonders. Deswegen fallen sie auch nicht auf diese Schüler herein. Deswegen werden unsere Lehrkräfte an den Grund- und Mittelschulen auch nicht auf dieses Spiel der Bayerischen Staatsregierung und der CSU und der FREIEN WÄHLER hereinfliegen.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sie haben es einfach nicht verstanden! Das ist schade! – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU))

Über die ganze Legislaturperiode hinweg wurden die Forderungen nach A 13 kleingedredet und die Mitarbeit am Thema Attraktivität des Lehramts abgelehnt. Ich erinnere daran: Wir hatten eine Anhörung zum Thema Attraktivität des Lehramts als Opposition sogar mit Minderheitenvotum erzwingen müssen.

Der Kollege Fackler von der CSU, der gerade auch noch mal gesprochen hat, hat im Oktober zum Thema A 13 noch gesagt – ich würde mal sagen, mehr oder weniger abfällig –, das sei eine Schallplatte mit diesem Lehrerhit, die immer wieder aufgelegt werde.

(Wolfgang Fackler (CSU): Stimmt ja auch!)

– Ja, das ist Ihre Haltung. – Der Kultusminister verordnete 2020 Mehrarbeit. Darauf folgend wurde die Leistung von Zehntausenden von Lehrkräften in der Pandemie nicht mal ansatzweise wertgeschätzt, von einem feuchten Händedruck und salbungsvollen Worten abgesehen.

Und jetzt kommen Sie wirklich auf den letzten, auf den allerletzten Drücker daher – mit Fristverkürzung und anderen Geschäftsordnungstricks – und versuchen, Besserung für die Zukunft zu geloben.

(Walter Taubeneder (CSU): Sollen wir es zurücknehmen, oder was?)

Ja, und das auch noch mit einem langen Zeitplan. Also, ob das überzeugend ist? – Sie schreiben es jetzt zwar in ein Gesetz. Sie kommen auch noch mit einem Änderungsantrag für die Privatschulen daher, denen Sie auch noch Besserungen in Aussicht stellen.

Meine Damen und Herren, das ist zwar vieles, nur eben keine überzeugende Leistung.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

So schön und so richtig dieses Engagement jetzt auch scheinen mag: Es kommt eben zu spät. Wenn Sie wirklich glauben, dass diese Wahlgeschenke noch irgendjemanden über die Inaktivität in der Schulpolitik in den letzten Jahren hinwegtäuschen könnten, dann sind Sie eben auf dem Holzweg.

Ich muss aber sagen, ich mache mir auch noch über ein anderes Thema Gedanken, nämlich über das Leistungsthema. Es ist richtig, sich in diesem Gesetzentwurf neben der Eingangsbesoldung auch Gedanken über die Funktionsträger zu machen. Wer spricht aber von den Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern an unseren Schulen? Wer spricht von den Lehrkräften, die sich besonders hervortun, sich für unsere Schülerinnen und Schüler über das ganze Schuljahr hinweg einsetzen, sie wirklich voranbringen? Welche Wertschätzung haben wir für sie vorgesehen? – Es bleibt für uns Liberale ein Kernanliegen: Wir müssen es ermöglichen, dass die Leistungsträger an unseren Schulen – herausragende Lehrkräfte – auch jenseits von Funktionsämtern

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

mehr bekommen können. Das wurde vom Ministerpräsidenten beim BLLV eigentlich kürzlich auch versprochen. Aber wo ist es?

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Ich bin gespannt, ob wir das in den Beratungen im Ausschuss aufklären können. Ich bin auch gespannt, ob wir dann zur Frage der angestellten Lehrkräfte mehr Informationen bekommen und ob das auch wirklich mitbedacht ist.

Ich muss jetzt aber insgesamt schon festhalten: Dieser Gesetzentwurf bleibt eben ein später Versuch, die schlechte Regierungsbilanz in der Bildungspolitik noch etwas zu schönen. Das wird – das kann ich Ihnen ganz klar sagen – nicht überzeugen. So leichtgläubig sind Bayerns Lehrkräfte eben nicht.

(Beifall bei der FDP)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Damit kann ich das Wort Herrn Staatsminister Michael Piazzolo geben.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Versprochen – erfüllt. Das kann man so sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben unser Versprechen eingelöst. Das, Herr Fischbach, ist der Unterschied zur FDP.

(Matthias Fischbach (FDP): Wie war es beim Gebäudeenergiegesetz?)

– Das war jetzt ein Witz! Die allerletzte FDP-Landesministerin in NRW – es gibt jetzt keine mehr – hat es fünf Jahre lang nicht geschafft, A 13 durchzusetzen – nichts. Es ist so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

In dem Moment, wo die FDP in NRW nicht mehr in der Regierung ist, kommt es.

So war es in Bayern auch. Was ist denn damals passiert? Gab es damals schon A 13? Die FDP ist doch genau fünf Jahre in der Regierung gewesen und hat null geschafft. Jetzt werden uns aber Vorwürfe gemacht; alles wird schlechtgeredet. Es zieht sich durch die ganze Legislatur – nur schlechtreden. Keine Vorschläge, nur schlechtreden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Matthias Fischbach (FDP):

Ihr wollt es bloß schönreden!)

– Keineswegs; wir tun etwas. Ich habe die Reden der anderen Oppositionsparteien, ob es die GRÜNEN oder die SPD waren, wohl angehört. Da ist schon erkannt worden, dass das ein bedeutender Schritt ist. Wir haben uns seit vielen Jahren eingesetzt. Ich persönlich habe mich eingesetzt. Ich weiß noch genau, wie ich persönlich bei den FREIEN WÄHLERN damals den Antrag in der Landesversammlung eingebracht habe

und wie wir damals gekämpft haben. Damals waren wir in der Opposition. Natürlich ist es da etwas leichter.

Das ist mir – das sage ich ganz deutlich – eine Herzensangelegenheit, ähnlich wie das vorher von der Kollegin auch erwähnt worden ist. Das ist ein wichtiges Thema. Es geht um Gerechtigkeit – das habe ich immer schon gesagt. Unsere Grund- und Mittelschullehrerinnen und -lehrer waren die Einzigen, die mit zwei Staatsexamina und einem entsprechenden Studium nicht in A 13 eingestuft worden waren. Das wird jetzt nachgeholt. Das ist ein Zeichen der Wertschätzung. Deshalb an dieser Stelle mein herzlicher Dank – ich sage das genauso wie der Finanzminister – an alle Lehrkräfte, egal, an welcher Schulart sie sind. Besonders freue ich mich darüber, dass wir für die Grund- und Mittelschullehrer A 13 erreicht haben. Wir haben das in dieser Legislatur bewusst gemacht. Das war nicht nur ein Versprechen, sondern wir reichen in dieser Legislatur einen Gesetzentwurf ein und dokumentieren dies dadurch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir sind auch gleich eingestiegen. Auch das ist gesagt worden. Wir haben schon in den letzten Jahren Hebungen in Richtung A 13 gemacht. Wir führen in diesem Jahr das größte Programm an Hebungen durch, das es im Freistaat Bayern jemals gegeben hat. Ungefähr 4.000 Stellen nur von Grund- und Mittelschullehrern werden gehoben in Richtung A 12 plus Z und in Richtung A 13.

Da damals und auch noch vor einigen Monaten die Richtung eine andere war, will ich deutlich sagen: Dies gilt für Grund- und Mittelschullehrer. Wir machen das nicht wie andere Bundesländer, die unterscheiden, sondern für beide: Grund- und Mittelschullehrer. Dies gilt auch für alle. Es gilt nicht nur für die Jungen, es gilt nicht nur für die Älteren, und wir machen das auch nicht von der Leistung abhängig, wie immer man diesbezüglich konkret unterscheiden soll und woran man das festmacht. Wir machen es für alle. Wir ziehen auch die Schulleitungen nach – das haben wir auch umgesetzt.

Mit einem Änderungsantrag ziehen wir auch die Privatschulen entsprechend nach. Im Endausbau macht dies noch einmal 16 Millionen Euro aus.

Das alles ist auch nicht ganz leicht aus einer Portokasse zu zahlen. Immerhin geht es um einen dreistelligen Millionenbetrag, im Endausbau um etwa 200 Millionen Euro. Das muss auch alles finanziert werden. Man muss sich überlegen, wo man die Schwerpunkte setzt.

An dieser Stelle will ich sagen: Auch für einen Koalitionspartner ist es nicht ganz so leicht, die Linie zu ändern. Wenn man sich jahrelang hinstellt und für bestimmte Positionen vielleicht auch geprügelt wird, ist es nicht ganz so einfach, so etwas zu tun. Insofern mein Dank dafür, dass wir das zusammen hinbekommen haben. Gerade in den letzten Tagen ist die Koalition kritisiert worden. Ich will aber ganz deutlich sagen: Diese Koalition funktioniert, und sie macht viel Gutes für den Freistaat Bayern, insbesondere auch im Bildungsbereich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich will auch noch einmal deutlich machen – auch das ist vorher schon erwähnt worden –: A 13 ist nicht gleich A 13. Das ist schon ein A 13 de luxe, was wir hier in Bayern zahlen. Die Zahlen sind vorher genannt worden. Der Unterschied beträgt bis zu 7.000 Euro und – das war neu für mich – 9.000 Euro im Vergleich zu Sachsen. Wenn wir uns das über die Bundesländer hinweg insgesamt ansehen, stellen wir fest, dass bei der Eingangsbesoldung im OECD-Vergleich die deutschen Lehrer am zweitbesten bezahlt werden. Das gilt in ganz Europa. Nur Luxemburg ist besser; sie zahlen sogar besser als die Schweiz. Wenn man jetzt noch sieht, dass Bayern im Bundesländervergleich ganz an der Spitze ist, dann sind wir vornedran. Das haben unsere Lehrkräfte natürlich verdient – das ist ganz klar. Man sollte das aber auch immer wieder deutlich machen. Wir haben Einstiegsbesoldungen, die in Europa einzigartig sind. Deshalb sind das auch, was die Finanzierung betrifft, gute Verhältnisse.

Ich will mit einem Irrtum aufräumen, liebe Frau Kollegin Strohmayer. Keineswegs sind die Studierendenzahlen zurückgegangen. Wir haben in den letzten Jahren die Studierendenzahlen im Lehramt um 50 % erhöht. Ich weiß nicht, woher die ganzen Falschmeldungen kommen. Vor zwei Jahren hatten wir bei den Studierenden für das Lehramt an Grundschulen Anfängerzahlen, die so hoch waren wie noch nie in der Geschichte. Trotzdem wird immer erzählt: Alles geht runter; alles ist schlecht. Ich bitte darum, diese Zahlen zur Kenntnis zu nehmen und die Dinge nicht immer pauschal schlechtzureden. Gerade durch die Abschaffung des Numerus clausus haben wir einen großen Schritt gemacht.

Natürlich kann man immer sagen, dass das Ganze noch schneller gehen kann. Ich wehre mich aber gegen eine Formulierung, die jetzt mehrfach gekommen ist: Es kommt zu spät. Warum kommt es zu spät?

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Weil der Lehrermangel da ist!)

Vorher wurde ich kritisiert – ich weiß nicht von wem –, dass wir dienstrechtliche Maßnahmen ergriffen haben. Von mehreren Seiten der Opposition kam Kritik, dass wir das als einziges Bundesland gemacht haben. Ich sage Ihnen: Weil wir es gemacht haben, stehen wir bei der Lehrerversorgung so gut da, besser als andere Bundesländer. Die anderen Kultusminister haben sich das nicht getraut. Sie sind nicht zu den Demonstrationen hinausgegangen und haben das gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Herr Fischbach, so ist es. Deshalb sind wir besser als NRW es war, wo das Frau Gebauer nicht gemacht hat.

(Staatsminister Albert Füracker: Wo ist denn die Lehrerversorgung besser als in Bayern? Sagen Sie es!)

– Ja, und wo ist es denn besser als in Bayern? Wo ist die Lehrerversorgung besser? Selbstverständlich – ich habe das doch deutlich formuliert – haben wir für die Zukunft

einen Mangel zu befürchten. Aber genau deshalb, damit wir keinen Mangel bekommen, versuchen wir jedes Jahr – wir machen das sehr intensiv – mit entsprechenden Maßnahmen die Lücken zu schließen.

Hier wurde wieder gesagt: Zweitqualifikation; wie schlimm! – Nein, das ist eine gute Maßnahme gewesen. Wir haben mehrere Tausend Lehrerinnen und Lehrer durch Zweitqualifikationen gewonnen. Wir konnten diese nur gewinnen – das will ich noch einmal sagen –, weil wir vor einigen Jahren im Gegensatz zu anderen Bundesländern mehr Realschullehrer und Gymnasiallehrer hatten, die wir einstellen konnten. Insofern ist da also sehr, sehr viel passiert.

Das Gesetz, das wir heute einbringen, ist ein erster wichtiger und zentraler Schritt. Wir haben die Eingangsbesoldung geregelt. Wir haben auch die Schulleitungen hochgezogen. Selbstverständlich – es war immer auch wichtig, dass wir das nicht nur sagen, sondern auch tun – wird ein zweiter Schritt folgen. Einige Fragen sind noch offen. Es geht um das funktionslose Beförderungsamt. Neulich ist von höchster Stelle versprochen worden, dass es kommen wird. Es geht noch um verschiedene andere Dinge, die auch schon angesprochen wurden. Die brauchen aber etwas mehr Zeit. Da müssen wir mit den entsprechenden Verbänden verhandeln. Das tun wir auch, und deshalb haben wir ganz bewusst gesagt, Finanzministerium und Kultusministerium, dass wir das in zwei Schritten machen: Jetzt den großen Schritt und dann im Schulerschluss die Diskussion, wie wir das bei den einzelnen Ämtern machen.

Insofern mein herzlicher Dank für die Zusammenarbeit, mein herzlicher Dank für die Unterstützung, und zum Abschluss sage ich auch noch mal: Die Lehrerinnen und Lehrer, die das jetzt bekommen, haben es absolut verdient. Deshalb mein Dank an alle Lehrkräfte in Bayern, egal ob an Privatschulen, an staatlichen Schulen, an kommunalen Schulen, egal an welcher Schulart. Das Schuljahr neigt sich langsam dem Ende zu, auch dieses hatte viele Herausforderungen. Deshalb vielen Dank für die großartige Leistung, die Sie jeden Tag erbringen. Deshalb ist dieses Gesetz auch eines, das Wertschätzung ausdrückt, Wertschätzung für Lehrkräfte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Minister, bleiben Sie bitte am Pult. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung. Frau Julika Sandt, bitte.

**Julika Sandt (FDP):** Mich hat jetzt doch ein bisschen die Aussage provoziert, dass die Versorgung mit Lehrern in Bayern so toll sei. Ich weiß, dass der Klassenteiler bei Grundschulen in Hessen bei 26 liegt; in Bayern liegt er bei 28. Ich habe an Ihr Haus eine Anfrage gestellt, weil ich von Schulen gehört habe, dass dieser Klassenteiler mehr oder weniger ausgesetzt wurde. Ich habe gefragt, in wie vielen Klassen das so ist und wie hoch er tatsächlich ist. Ihr Haus konnte mir keine Antwort geben. Man weiß nicht, bei wie vielen Klassen dieser Klassenteiler erhöht wurde.

Gleichzeitig haben wir Grundschulklassen, wo ein Lehrer ausfällt, wo eine Lehrerin zwei Klassen gleichzeitig versorgt. Bei meiner Tochter war das zum Beispiel monatelang der Fall. Ich höre nur solche Geschichten. Frau Fleischmann war am Wochenende hier und hat gesagt, dass die Vorkurse Deutsch alle nicht stattfinden, die so wichtig wären, so wichtig in diesen Zeiten.

Bitte sagen Sie mir – und ich möchte jetzt auch nicht unbedingt nur den Ländervergleich hören –: Sind Sie wirklich damit zufrieden, und können Sie wirklich sagen, dass das eine gute oder positive Bilanz ist? – Das ist doch wirklich Schönrederei.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus):** Wir können uns gerne das Protokoll ansehen. Ich glaube, ich habe in dieser Rede nicht gesagt, dass die Lehrerversorgung so toll ist. Das habe ich mit keinem Wort gesagt. Ich habe gesagt, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern gut dastehen, weil wir ganz bestimmte Maßnahmen ergriffen haben, und ich habe deutlich gemacht, dass wir jedes Jahr alle Anstrengungen unternehmen, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen.

Aber ich habe an diesem gleichen Pult hier gesagt: Selbstverständlich haben wir einen Mangel.

Man muss einfach zuhören. Genauso ist es natürlich eine falsche Nachricht, dass alle Vorkurse Deutsch ausfallen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Viele!)

– Es wurde aber gesagt: alle, alle Vorkurse Deutsch.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Alle bestimmt nicht, aber viele, und das ist doch auch schlecht! – Unruhe)

Wenn Sie mich einfach ausreden lassen: Selbstverständlich werden auch mal Klassen zusammengelegt. Selbstverständlich sind Lehrerinnen und Lehrer auch krank. Wir haben im Moment einen Krankheitsstand von insgesamt 5 %. Im letzten Jahr waren es übrigens über viele Monate 10 %. Also stehen wir auch da besser da.

Aber die Vorstellung, dass jede Stunde immer so wie vorgesehen stattfinden wird, ist eine Idealvorstellung, die noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik irgendwo Realität war. Selbstverständlich haben wir im Gegensatz zu beinahe allen anderen Berufen eine integrierte, eine mobile Lehrerreserve, um Ausfälle sicherzustellen. Das gibt es nicht an den Hochschulen, das gibt es nicht in den Kitas.

Aber wenn am Montag in einer Grundschule zu Unterrichtsbeginn zwei, drei Krankmeldungen kommen, dann müssen auch mal Klassen zusammengelegt werden. Das gehört einfach dazu. Wenn Sie in ein Ministerium kommen und Leute krank sind, dann kann man an diesem Tag auch nicht die gesamte Arbeit leisten. Das ist in jedem Amt so.

(Widerspruch der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

– Wie bitte? Das ist einfach so. Wir werden immer einen bestimmten Unterrichtsausfall haben. Der liegt bei uns in der Größenordnung zwischen 1 und 2 %. Selbstverständ-

lich sind das immer Anstrengungen, die wir jedes Mal neu unternehmen. Aber mir geht es immer darum, nicht mit Falschnachrichten und überzogenen Behauptungen zu agieren.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Ach nein! Das ist ja ganz was Neues! – Unruhe)

Vielleicht noch mal der Hinweis, weil der Zwischenruf kommt.

(Anhaltende Unruhe)

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Meine Damen und Herren, bitte keine Zwiegespräche. Der Herr Staatsminister hat das Wort. Sie dürfen anschließend sowieso noch mal neu reden, weil die Staatsregierung in diesem Punkt erheblich – nicht überzogen hat, sie kann ja so lange reden, wie sie will – länger gesprochen hat, und dann kann jede Fraktion – ich sage dann gleich die Zahlen – auch noch mal sprechen. Aber das Wort haben jetzt Sie, Herr Piazzolo.

(Widerspruch)

– Es tut mir leid, so ist das Verfahren.

Bitte, Sie haben das Wort, selbstverständlich.

(Unruhe)

Nein, es gibt keine Diskussion dazwischen, sondern nach Ihrer Rede wird neu berechnet.

**Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus):** Ich bin fertig.

**Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch:** Sie sind jetzt fertig. Dann dürfen Sie sich auf den Platz setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich habe es ja schon gesagt: Die Staatsregierung hat länger gesprochen, als eigentlich vorgesehen war. Damit erhöhen sich noch mal die Redezeiten der einzelnen Fraktionen. Ich gebe es noch mal bekannt: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben jetzt noch 2 Minuten und 47 Sekunden. Die SPD hat nur 23 Sekunden, weil Sie, Frau Strohmayer, erheblich überzogen hatten, die FREIEN WÄHLER haben 2 Minuten und 33 Sekunden, die CSU hat 3 Minuten und 55 Sekunden, die FDP 52 Sekunden und die AfD 2 Minuten und 39 Sekunden.

Ich frage jetzt: Wer will sein Rederecht jetzt noch wahrnehmen? – Ich sehe keine Wortmeldungen. Niemand. Damit ist diese Diskussion geschlossen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Damit ist das ebenfalls so beschlossen.

Nun gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 2, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt.

An der Wahl haben 156 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren 2 Stimmen. Auf Herrn Abgeordneten Oskar Atzinger entfielen 20 Ja-Stimmen und 133 Nein-Stimmen. Enthalten hat sich ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete. Damit hat Herr Abgeordneter Oskar Atzinger nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Bevor wir nun weiter fortfahren, gebe ich jetzt das Ergebnis der Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums, Tagesordnungspunkt 3, bekannt. Auch hier gilt wieder: Man braucht die Mehrheit der Mitglieder des Landtags.

An der Wahl haben 154 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war eine Stimme. Auf Herrn Andreas Winhart entfielen 18 Stimmen, mit Nein stimmten 133 Abgeordnete,

ihrer Stimme enthalten haben sich 2 Abgeordnete. Ich weise darauf hin, dass für eine Wahl 103 Ja-Stimmen erforderlich sind. Ich stelle damit fest, dass Herr Andreas Winhart nicht zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt worden ist.